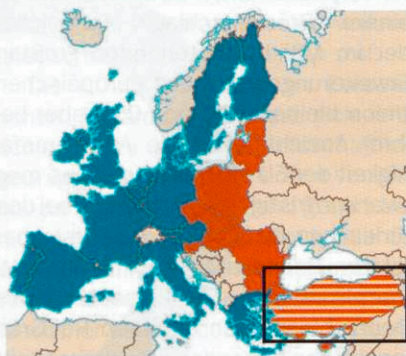


UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Nummer 4 · 8. März 2004 · www.cdu-csu-ep.de

Die EU und die Türkei



	Türkei	Beitrittsländer	Bisherige EU
Einwohner	69,6 Mio.	103 Mio.	381 Mio.
BIP pro Kopf	2.800 €	4.700 €	23.858 €
Beschäftigte in der Landwirtschaft in % der Erwerbstätigen	33,2 %	14,9 %	5,1 %

Quelle: Osteuropa-Institut München

Schröders Versprechen an die Türkei sind unseriös

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament lehnt einen EU-Beitritt der Türkei ab und setzt sich für eine privilegierte Partnerschaft der EU mit der Türkei ein. Die jüngsten Äußerungen von ▶

Inhalt

Schröders Türkeipolitik
ist unseriös
Seite 2

Für eine neue Türkeipolitik:
Positionen von
CDU/CSU im EP
Seite 3

Pressestimmen
Seite 6

► Bundeskanzler Schröder während seiner Türkeireise sind bei den Europaabgeordneten von CDU und CSU auf starke Kritik gestoßen. Schröder hatte in einem Gespräch mit dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan darauf bestanden, dass die Europäische Union angebliche Zusagen in Bezug auf einen möglichen Beitritt der Türkei „einhalten“ müsse. Entgegen der Behauptungen des Bundeskanzlers besteht jedoch kein automatisches Beitrittsrecht der Türkei, selbst dann nicht, wenn Ankara die formalen Voraussetzungen wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz etc. erfüllen sollte.

Schröder schielt auf türkische Wählerstimmen

Es geht nicht allein um die Frage, ob sich ein Land für beitriffähig hält oder nicht, sondern auch darum, ob die EU bereit und in der Lage dazu ist, dieses Land aufzunehmen. Dies ist jedoch ganz eindeutig nicht der Fall. Während ihres Türkei-Besuchs hat die CDU-Vorsitzende Angela Merkel diese einzig richtige und verantwortungsvolle Position auf beeindruckende Weise vertreten. Schröder versucht hingegen, um seine wahren Absichten, nämlich das Schielen auf türkische Wählerstimmen in Deutschland zu vernebeln, einen türkischen EU-Beitritt als „Brücke zwischen dem Islam und dem Westen“ zu verkaufen. Auch Ministerpräsident Erdogan hat in diesem Zusammenhang sicherlich nicht zufällig darauf hingewiesen, dass es inzwischen 650.000 eingebürgerte Türken in Deutschland gibt.

Aufnahmefähigkeit der EU ist erschöpft

Die Bundesregierung liefert damit ein neues Paradebeispiel für ihre politische Beliebigkeit. So haben Schröder und Fischer bis vor kurzem noch erklärt, dass religiöse und kulturelle Aspekte in der Beitrittsdiskussion nicht „instrumentalisiert“ werden dürfen – jetzt dienen diese auf einmal einem „Brückenschlag“. Angesichts der im Mai bevorstehenden größten Erweiterungsrunde der Europäischen Union bleiben CDU und CSU aber bei ihrer Ansicht, dass die Aufnahmefähigkeit der EU erschöpft ist. Dies mag zwar kurzfristig weniger populär bei den türkischen Neubürgern sein, ist aber letzten Endes ehrlicher im Gesamtinteresse aller. Die Tatsache, dass Deutschland nach 6 Jahren Rot-Grün inzwischen hinter den EU-Durchschnitt beim Pro-Kopf-Einkommen zurückgefallen ist, zeigt deutlich, dass des Kanzlers große Versprechungen nicht einhaltbar sind, zumal sich bei einem Türkeibeitritt auch die Frage nach der Legitimität der Beitrittswünsche anderer Staaten wie der Ukraine stellt.

Ende März wird das Europäische Parlament über den Bericht der Europäischen Kommission über den Beitrittsantrag der Türkei zur EU beraten. Die CDU/CSU-Gruppe wird dabei weiterhin mit Nachdruck für eine privilegierte Partnerschaft und gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei eintreten.

Weitere Informationen im Internet:
www.cdu-csu-ep.de

Für eine neue Türkei-Politik

PRIVILEGIERTE PARTNERSCHAFT STATT EU-MITGLIEDSCHAFT

Im Dezember 1999 haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union der Türkei den Status eines Beitrittskandidaten verliehen. Ende dieses Jahres wollen sie entscheiden, ob mit Ankara über eine Vollmitgliedschaft verhandelt werden soll.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament bekennt sich entschieden zu einem freundschaftlich geprägten, partnerschaftlichen Verhältnis zur Türkei. Dieses Land gehört traditionell zu den Freunden Deutschlands und war während des kalten Krieges unter schwierigen Bedingungen ein verlässlicher Partner des unsere Existenz sichernden atlantischen Bündnisses.

Die Türkei – wichtiger Partner für Deutschland und Europa

Die deutsch-türkischen Beziehungen sind geprägt von einer langen engen Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Die Tatsache, dass rund zwei Millionen Türken die größte ausländische Gruppe in Deutschland bilden und dass es heute 600.000 türkischstämmige Deutsche gibt, verleiht dem bilateralen Verhältnis eine besondere Bedeutung. Wir haben uns in unserem nationalen Interesse verpflichtet, die in Deutschland lebenden Türken in unsere Gesellschaft zu integrieren. Eine wohlwollende Mit-

wirkung der Türkei ist dazu unerlässlich.

Größe, politisches Gewicht und Geschichte machen die Türkei zu einem wichtigen Verbündeten der Europäischen Union.

Politische Handlungsfähigkeit der EU erhalten

Die Frage nach einer EU-Mitgliedschaft der Türkei ist nicht erst vor dem Hintergrund des gescheiterten Verfassungsgipfels im Dezember letzten Jahres grundsätzlich anders zu bewerten und zu beantworten. Die gescheiterten Verhandlungen über einen europäischen Verfassungsvertrag haben gezeigt, wie schwierig die gemeinsamen politischen Ziele bereits in einem Europa mit 25 Mitgliedstaaten umzusetzen sind. Die Erweiterung der EU um 10 Staaten zum 1. Mai 2004 stellt den größten Umbruch in der Geschichte der Gemeinschaft dar.

Schon in einer Union mit 25 Staaten werden die zu überbrückenden Unterschiede erheblich größer und die Interessen ihrer Mitglieder vielfältiger sein. Um zu verhindern, dass die EU an Dynamik verliert und sich zu einer gehobenen Freihandelszone zurückentwickelt, hatten die Staats- und Regierungschefs in Kopenhagen 1993 vier Kriterien als Vorbedingung für eine Erweiterung der Europäischen Union gestellt.

Vier Beitrittskriterien müssen erfüllt werden

Die ersten drei Kriterien fordern im Wesentlichen, dass die Kandidatenländer in der Lage sein müssen, die erforderlichen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen zu erfüllen, um den Verpflichtungen als Mitglied nachkommen zu können. Die Türkei hat daher in den letzten Jahren einige Verfassungsänderungen beschlossen: Die Abschaffung der Todesstrafe, die schrittweise Stärkung der Minderheitenrechte und erkennbare Fortschritte bei der Demokratisierung des Landes sind positive Entwicklungen, die aber in der politischen und gesellschaftlichen Realität des Landes erst noch voll umgesetzt werden müssen.

Wirtschaftlich erreicht die Türkei mit ihren 70 Millionen Einwohnern gerade einmal 23 Prozent des durchschnittlichen europäischen Bruttoinlandsproduktes pro Kopf und ist noch weit entfernt von einer funktionstüchtigen Marktwirtschaft.

Grenzen der europäischen Integrationsfähigkeit

Das vierte Kopenhagener Kriterium macht „die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten“ zur Voraussetzung für weitere Beitritte. Allenfalls für die Beitritte der 10 neuen Staaten kann die EU vielleicht noch als ausreichend vorbereitet gelten. Nur eine handlungsfähige politische Union kann weitere Staaten und Gesellschaften einbin-

den. Auf jeden Fall muss sich die Europäische Union für absehbare Zeit auf die Integration der 10 neuen Mitgliedstaaten und den Erhalt der politischen Handlungsfähigkeit konzentrieren.

Schon bevor dieser Prozess erfolgreich abgeschlossen ist, wird sich die Europäische Union auf der Grundlage ihrer Verfassung, Ziele und Interessen Klarheit über ihre Grenzen verschaffen und entscheiden müssen, ob weitere Länder uneingeschränkt Mitglied werden können, oder ob sich in diesen Fällen andere Formen der Partnerschaft anbieten.

Keine unhaltbaren Versprechungen

Die CDU/CSU-Gruppe ist der Auffassung, dass der Beitritt der Türkei aus heutiger Sicht die Integrationsfähigkeit der Europäischen Union bei weitem überfordern würde. Der Türkei dürfen daher keine unrealistischen Versprechungen hinsichtlich eines Datums zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gemacht werden. Dies wäre in höchstem Maße unfair.

Privilegierte Partnerschaft statt EU-Mitgliedschaft

Ein Nein zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ist jedoch keine hinreichende Antwort auf die Frage nach der weiteren Ausgestaltung der Beziehungen der Türkei zur Europäischen Union. Die CDU/CSU-Gruppe tritt daher jetzt wie in der Vergangenheit dafür ein, nicht nur in der Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik eine verstärkte Zusammenarbeit voranzutreiben, sondern auf

allen Politikfeldern, auf denen beide Seiten ein Interesse an größerer Gemeinsamkeit haben. Zu der bereits bestehenden Zollunion könnten eine Freihandelszone, Finanzhilfen, Jugend-, Bildungs- und Kulturprogramme hinzukommen. Eine solche privilegierte Partnerschaft mit der Türkei wäre besser und ehrlicher als langjährige, inhaltliche und als diskriminierend empfundene Verhandlungen über einen Beitritt, für den die notwendigen Voraus-

setzungen auf absehbare Zeit nicht erfüllt werden können und deren Ausgang ungewiss sein müsste. Das Verhältnis zur Türkei darf nicht auf die von der rot-grünen Bundesregierung aufgebaute illusorische Mitgliedschaftsperspektive verengt oder gar für kurzfristige innenpolitische Vorteile missbraucht werden; es muss auf eine dauerhafte partnerschaftliche Beziehung gründen – zum dauerhaften Nutzen und Wohle aller Beteiligten.

Die Türkei und die EU in Zahlen

Wirtschaftswachstum und Inflation der Türkei, 1999–2004

	1999	2000	2001	2002	2003 ¹	2004 ²
BIP, real (Veränd. gg. Vorjahr)	-4,7	7,4	-7,5	7,8	5,3	5
Inflationsrate	64,9	54,9	54,4	45,0	18,4	12

Anmerkung: ¹ Schätzung, ² Prognose; Quelle: SIS, IWF

Kosten des EU-Beitritts der Türkei im Jahre 2013 in verschiedenen Szenarien (in Preisen von 1999)

	Einstiegsszenario <small>(entsprechend der ersten Erweiterungsrunde der Ausgaben des Jahres 2006)</small>	Mittleres Szenario <small>(entsprechend 35% der Direktzahlungen und 3% des BIP als Absorptionsgrenze beim BIP)</small>	Szenario der vollen Politikintegration <small>(entsprechend 100% der Direktzahlungen und 4% des BIP als Absorptionsgrenze beim BIP)</small>
Netto-transfer	5,2 Mrd. €	8,0 Mrd. €	14,0 Mrd. €
Finanzierungsanteil Deutschlands	0,9 Mrd. €	1,4 Mrd. €	2,5 Mrd. €

Quelle: Osteuropa-Institut München

Weitere Informationen im Internet: www.lrz-muenchen.de/~oeim

VOREILIG: Der Vorschlag aus der CDU, der Türkei eine „privilegierte Partnerschaft“ anzubieten statt Verhandlungen über einen EU-Beitritt, hat Charme: Er ist vernünftig, niemand würde überfordert, das europäische Einigungswerk nicht aus den Angeln gehoben – und auch die Türkei könnte sich so modernisieren, ohne dass dabei ihre Identität hinweggespült würde.

Frankfurter Allgemeine, 23.01.2004

TÜRKEN: Der außenpolitische Konsens ist gewiss wichtig. Doch sollte nicht vergessen werden, dass Kanzler Gerhard Schröder mit seinen Zusagen an die Adresse der Türkei auch an Stimmen eingebürgerter Immigranten denkt. Frau Merkel sollte ihre türkischen Gesprächspartner darauf hinweisen, dass das Angebot des Kanzlers unehrlich ist. Denn man kann nicht einerseits den EU-Beitritt unterstützen und andererseits die Lieferung von Panzern wegen mangelnder Beachtung von Menschenrechten verweigern.

Die Welt, 16.02.2004

TÜRKEI-BEITRITT? EINE VERHEIMLICHTE GEFAHR: Die Bundesregierung ist stark in der Vergabe von gutachtlichen Aufträgen an Fachleute und Kommissionen. Hier ist sie klugerweise nicht tätig geworden, denn es würde sich dabei zeigen: Der Beitritt der Türkei ist ein europäisches Problem insofern, als er Europa schwächen würde. Es ist in ganz besonderem Maß aber ein deutsches Problem, weil die Türken nach Deutschland kommen werden, wo es allein (mit Ausnahme vielleicht von Holland) reichlich Türken gibt, bei denen man sich anklammern kann.

Rheinischer Merkur, 18.12.2003

ABWARTEN UND MOKKA TRINKEN, VIEL HOFFNUNG, VIEL ENTtäUSCHUNG: Türkei und EU sind nicht aufeinander vorbereitet. Es ist zu früh, der Türkei Beitrittsverhandlungen fest zuzusagen, wie das Kanzler Schröder bei seinem Besuch in wenigen Tagen vorhat. Auch Wohlmeinende gestehen zu, dass die Türkei selbst im besten Fall noch zehn bis 15 Jahre braucht, um EU-fähig zu werden. Da wird die Freude über rasche Gespräche bald in Frust umkippen, dass die sich so lange hinziehen. Und unter Verweis darauf, dass bei Polen und Ungarn fünf, bei Lettland oder der Slowakei drei Jahre Verhandlungen reichten, wird wieder der schrille Chor beginnen: „diskriminierend, verletzend, unverschämt“ – den bringt Europa, bringt Deutschland nicht zum Verstummen, wenn es netter ist, als die Türkei erlaubt.

Der Tagesspiegel, Berlin, 18.02.2004

TÜRKEI-BEITRITT TORPEDIERT DIE EUROPÄISCHE UNION: Die EU muss ihre Grenzen definieren. Bismarck hat einmal konstatiert, dass es einem Staat nicht anstehe, anders als nach Maßgabe seiner Interessen zu handeln. Entspricht es den vitalen Interessen der Bundesrepublik, erst recht Europas, die Türkei in die EU aufzunehmen? Mit dem gleichen Recht könnten die Ukraine, Weißrussland und Russland oder Marokko aufgenommen werden. Das faszinierende Projekt der europäischen Einheit würde gegen eine aufgeblähte Freihandelszone von der Atlantikküste bis nach Wladiwostok eingetauscht.

Focus, 16.02.2004

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ Europäische Parteigründung der Grünen 18 Jahre nach der EVP

Grundsätzlich begrüßt hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), dass sich jetzt auch die Grünen als Partei auf europäischer Ebene organisiert haben. Gleichzeitig wies der Fraktionsvorsitzende aber darauf hin, dass sich die Christdemokraten bereits im Jahr 1976 mit der Gründung der Europäischen Volkspartei (EVP) als europaweite politische Partei organisiert haben. So gehören der EVP als größter europäischer Parteienfamilie christdemokratische und konservative Parteien aus allen Ländern der EU (mit Ausnahme Großbritanniens) sowie den Beitrittsländern an. Seit drei Jahrzehnten habe die EVP eine gemeinsame europäische Politik formuliert und damit entscheidend zur europäischen Integration beigetragen. Gerade im Zusammenhang mit der institutionellen Entwicklung gab die EVP als starke europäische Partei entscheidende Impulse für mehr Demokratie in Europa, zum Beispiel beim Ausbau der Rechte des Europäischen Parlaments als Gesetzgeber und Haushaltsbehörde. Der gesamteuropäische Anspruch der Grünen sei jedoch noch weit von der Wirklichkeit entfernt, denn diese seien parlamentarisch in den Ländern Mittel- und Osteuropas im Gegensatz zur EVP kaum vertreten, wie Pöttering weiter erklärte. Gerade ein einziger Abgeordneter von insgesamt 160 Be-

obachtern aus den Beitrittsländern im Europäischen Parlament gehöre zur Zeit der Fraktion der Grünen an.

■ EU-Haushaltsplanung nur unter Einschluss des Parlaments

Der stellvertretende Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **James Elles** (GB), hat im Rahmen der Aussprache mit Rat und Kommission über die Finanzielle Vorausschau der Europäischen Union für die Jahre 2007 bis 2013 eine genaue Prüfung der Vorschläge von Kommissionspräsident Prodi angekündigt. Dieser hatte sich für eine Steigerung des EU-Haushalts in Höhe von derzeit gut 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens der Mitgliedstaaten auf dann 1,22 Prozent ausgesprochen. Elles begrüßte allerdings die Ideen des Kommissionspräsidenten zur Flexibilität, Kategorisierung und zur Gewährleistung einer angemessenen Verwendung der Haushaltsmittel, kritisierte aber, dass die Geltungsdauer der Finanziellen Vorausschau über die Amtszeit der kommenden Kommission hinausgehen soll. Seiner Ansicht nach gebe es keine demokratische Rechtfertigung dafür, dass schon vorab Entscheidungen für ein zukünftiges Parlament und eine künftige Kommission getroffen würden. Unklar sei zudem, ob die Kommissionsvorschläge angesichts der Erweiterung die mögliche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auch finanziell berücksichtigen würden oder nicht.

■ Eine Milliarde Euro gegen Överschmutzung

Das Europäische Parlament hat einen Bericht des spanischen Europaabgeordneten **José María Gil-Robles** zur Aufstockung des Internationalen Entschädigungsfonds bei Överschmutzungsschäden auf 1 Milliarde Euro, also ein Fünffaches der derzeitigen Höhe, gebilligt. Die Beiträge zu diesem 1978 eingerichteten Fonds werden von Unternehmen oder Rechtspersonen geleistet, die Öl auf dem Seeweg erhalten. Die höchste bisher ausgezahlte Entschädigungssumme betrug 162 Millionen Euro. Obwohl der Fonds schon in mehr als einhundert Fällen in Anspruch genommen und seine verfügbaren Mittel noch nie überschritten wurden, setzte sich das Europäische Parlament nach den Havarien der Öltanker „Erika“ und „Prestige“ für eine Erhöhung der Entschädigungsobergrenzen ein.

Deshalb wird nun ein Zusatzfonds vorgesehen, der die Entschädigungshöchstgrenze mit fünf multipliziert und somit der im Bericht Gil-Robles vorgeschlagenen Summe von 1 Milliarde Euro entspricht. Gil-Robles betonte, dass die Ratifizierung des dazu notwendigen Protokolls durch die Mitgliedstaaten grundlegend für die Umsetzung dieser Maßnahme sei, da der Fonds der Regelung internationaler Übereinkommen unterliegt. Folglich sei es für die EU-Mitgliedstaaten ratsam,

möglichst schnell zu handeln und das Protokoll so bald wie möglich zu unterzeichnen oder zu ratifizieren.

■ EU will mehr Gesundheitsvorsorge in den Entwicklungsländern

Die siebte gemeinsame Versammlung AKP-EU hat sich in Addis Abeba für eine Erhöhung der Gesundheitsausgaben in den Ländern Afrikas, der Karibik und im Pazifischen Raum (AKP) ausgesprochen. Nach Angaben der niederländischen Berichterstatterin Maria Martens geben die Entwicklungsländer derzeit im Durchschnitt nur 21 Euro pro Kopf für die Gesundheitsversorgung aus. Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit im Europäischen Parlament, **Anders Wijkman** (Schweden), wies darauf hin, dass derzeit ein Fünftel der Weltbevölkerung an den Folgen ansteckender Krankheiten leide oder sterbe. Es gehe folglich darum, insbesondere in der Gesundheitsvorsorge die Anstrengungen zu verstärken. So habe die Europäische Union ihr Budget zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria zwar auf 400 Millionen € erhöht, sollte aber speziell die Gesundheitsvorsorge zur Hauptpriorität im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) machen.

*Knut Götz, EVP-ED-Pressestelle,
kgoelz@europarl.eu.int*

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. **Für den Inhalt verantwortlich:** Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. **Redaktion:** Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egemannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-802-0. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. **Herstellung:** VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.